



**Attac-EU-AG**

Münchener Straße 48  
D-60329 Frankfurt am Main

An

**den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Herrn Jerzy Buzek  
den EU-Ratspräsidenten, Herrn Herman van Rompuy  
den Kommissar für institutionelle Beziehungen, Maroš Šefčovič  
die Fraktionsvorsitzenden des EP  
die Berichterstatter des EP für die Europäische Bürgerinitiative  
die Mitglieder des Europaausschusses des Deutschen Bundestages**

Berlin, den 2.11.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Diskurs um ein mögliches, *demokratisches Defizit* der Europäischen Union hat nach der Jahrtausendwende durch Beiträge von anerkannten Experten im Bereich der Staats- und Pluralismus-Theorien und -Forschung wie Moravcsik, Majone, Folesdale und Hix neue Impulse erfahren. Seitdem sind entsprechende Forderungen sowohl innerhalb des EU-Apparates, wie auch innerhalb der europäischen Parteien, als auch von zivil-gesellschaftlichen Organisationen ausgiebig und kritisch diskutiert worden. Diese institutionelle und akademische Auseinandersetzung der EU ist einerseits von Attac Deutschland, wie von vielen anderen zivil-gesellschaftlichen Organisationen in Europa ebenfalls, positiv wahrgenommen worden. Andererseits hat Attac Deutschland, ebenso wie viele andere zivil-gesellschaftliche Organisationen Europas, wiederholt deutliche Kritik am EU-Lissabon-Vertrag geübt. Eine der essentiellen Kritiken hierbei ist, dass der Vertrag – entgegen aller wichtigen, institutionellen Stärkungen der EP-Kompetenzen – keinerlei Schritte zur Verbesserung der direkten, demokratischen Bürgerbeteiligung vorsieht; mit einer Ausnahme. Diese Ausnahme ist die in Art. 11 des Vertrags bezeichnete Europäische Bürgerinitiative, zu der die Kommission Ende März 2010 den Entwurf einer Ausführungsverordnung vorgelegt hat. Die EU-AG von Attac-Deutschland hat sich mit dem Entwurf intensiv auseinandergesetzt und hält ihn in gleich mehreren Punkten für außerordentlich beteiligungsfeindlich und in dieser Form für völlig ungeeignet, einen Beitrag zum Abbau des demokratischen Legitimationsdefizits der EU zu leisten.

Die Attac-EU-AG Deutschland hat die Kritik an dem Ausführungsentwurf der Kommission in dem nachfolgenden Beschluss zusammengefasst und fordert die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, den Europäischen Rat und die Kommission sowie die nationalen Parlamente auf, diese Forderungen bei den abschließenden Beratungen des Entwurfs zu

**berücksichtigen. Hierbei soll betont werden, dass die Besorgnisse des zuständigen Kommissars, Herrn Šefčovič, „albernen Initiativen“ durch eine Filterung vorzubeugen, durchaus ernst genommen werden; allerdings eine entsprechende Balance im bisherigen Ausführungsentwurf seines DGs nicht zu erkennen ist.**

**Mit freundlichen Grüßen**

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Sölken', followed by a stylized flourish or mark.

**Günter Sölken**

**Im Auftrag der Attac-EU-AG Deutschland**

Rosenthaler Straße 15

10119 Berlin

T: 0049-30-43 91 22 43

Mail: guenter.soelken@yahoo.de

### **Der Beschluss der AG\* im Wortlaut:**

(\*Dieser Beschluss soll dem Ko-Kreis von Attac-Deutschland vorgelegt werden und stellt bis dahin noch nicht die Haltung von Attac-Deutschland dar.)

**Punkt 1: „EUROPÄISCHE“ BÜRGERINITIATIVE: AB FÜNF LÄNDERN!**

**Punkt 2: ZULÄSSIGKEITSPRÜFUNG: TRANSPARENZ...SCHON AB 30.000  
UNTERSTÜTZERN!**

**Punkt 3: UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG: KLARE REGELN! KEINE DATENKRAKE!**

**Punkt 4: ANHÖRUNGSRECHT DER INITIATOREN!**

**Punkt 5: KOSTENERSTATTUNG!**

---

**Erklärung:**

**Punkt 1: „EUROPÄISCHE“ BÜRGERINITIATIVE: AB FÜNF LÄNDERN!**

**Wir fordern: Die Unterstützer einer europäischen Bürgerinitiative müssen aus mindestens fünf, nicht, wie derzeit vorgeschlagen, aus neun Ländern bzw. einem Drittel der Mitgliedsstaaten stammen. Eine zu hohe Mindestzahl von Mitgliedsstaaten bedeutet, dass regionale (bzw. föderale) Belange, die vielleicht „nur“ fünf oder sechs Länder betreffen gar nicht erst auf die Agenda der EU gesetzt werden können. Wir begrüßen es, dass die europäische Kommission die Mindestzahl an Unterstützern pro Land deutlich verringert hat (von 170.000 in Deutschland auf 72.000). Zum Vergleich: die sehr erfolgreiche online-Petition zu Internetsperren hatte 134.015 Unterstützer gewonnen. Das wäre nach der zunächst vorgesehenen Regelung zu wenig für eine europäische Bürgerinitiative, jetzt aber ausreichend! Je höher und utopischer die Anforderungen, desto nutzloser wird das Instrument der europäischen Bürgerinitiative!**

**Punkt 2: ZULÄSSIGKEITSPRÜFUNG: TRANSPARENZ...SCHON AB 30.000  
UNTERSTÜTZERN!**

**Wir fordern: Dass die europäische Kommission einen klaren Zulässigkeitskatalog für europäische Bürgerinitiativen verabschiedet, sodass Initiativen nicht willkürlich abgelehnt werden können. Derzeit gibt es keinen solchen Katalog. Die Kommission soll jede Initiative, die 30.000 Unterstützer gefunden hat, auf Zulässigkeit überprüfen müssen, nicht erst ab 300.000 Unterstützern. Jeder Bürger soll sich schnell und unkompliziert informieren können, welche Initiative aus welchen Gründen von der Kommission abgelehnt worden ist. Auch Initiativen, die auf die Änderung bestehender Verträge abzielen, sollen auch auf die EU-Agenda gesetzt werden dürfen. Gegen eine Ablehnung sollen Rechtsmittel eingelegt werden können.**

**Punkt 3: UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG: KLARE REGELN! KEINE DATENKRAKE!**

**Wir fordern: Klare Regeln zur Unterschriftensammlung (Papier und Online) – und zwar ab dem 1.12.2010, wenn die Bürgerinitiative gesetzlich in Kraft tritt – derzeit will sich die Kommission danach noch ein Jahr zur technischen Umsetzung geben! Jeder EU-Bürger soll seine Unterstützung maximal mit Namen, Ort und Unterschrift bzw. Email-Adresse bekunden müssen, nicht etwa mit der Personalausweisnummer. Die Einforderung solcher persönlicher Details wird abschreckend auf potentielle Unterstützer wirken. Zur Erläuterung: Da mit der Europäische Bürgerinitiative lediglich ein Thema auf die Tagesordnung der europäischen Institutionen gesetzt werden können, bedarf es keiner lückenlosen Verifizierung aller**

**Unterstützerstimmen. Deshalb ist ein Stichprobenverfahren völlig ausreichend. Wir wollen nicht, dass die europäische Bürgerinitiative sich in eine „Datenkrake“ verwandelt – dass kann auch nicht im Sinne der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlamentes sein! Denn gerade auf Grund der aktuellen, gesellschaftlichen Stimmung und kritischen Debatte zu solchen Sammlungen würde ein Mangel an Transparenz und Datensicherheit die Lösung des demokratischen Defizits durch die Förderungen weiterer Defizite anstreben. Schließlich soll der Startschuss zur Sammlung der mindestens 1 Million Unterschriften erst nach der erfolgreichen Zulässigkeitsüberprüfung durch die Kommission fallen.**

#### **Punkt 4: ANHÖRUNGSRECHT DER INITIATOREN!**

**Wir fordern: Die europäische Kommission und das Europaparlament sollen sich den Forderungen der Bürger direkt stellen. Daher fordern wir nach erfolgreicher Zulassung und Sammlung von einer Million Unterschriften ein Anhörungsrecht der Initiatoren vor beiden Institutionen, damit europäische Bürgerinitiativen nicht unbemerkt im Papierkorb landen.**

#### **Punkt 5: BERATUNG UND KOSTENERSTATTUNG!**

**Wir fordern: Jede Kampagne für eine Bürgerinitiative kostet nicht nur Zeit sondern auch Geld - von der Rechtsberatung über entsprechende, öffentliche Kampagnen bis hin Übersetzungskosten bezüglich der Initiativtexte. Deswegen fordern wir einen EU-Fördertopf um die Initiativen einzelner Bürger und zivilgesellschaftlicher Organisationen, die notorisch begrenzte Mittel haben, finanziell zu unterstützen. Vom Zeitpunkt der Zulassung einer Initiative an, soll jeder Bürger und jede NGO solche Gelder unkompliziert beantragen können.**

**In den Mitgliedsstaaten sind die existierenden Anlaufstellen hinsichtlich ihrer Kompetenzen und finanziellen Mittel zu stärken, um die Bürger und NGO in Rechtsfragen zur Europäischen Bürgerinitiative beraten zu können. Die Texte aller zugelassenen Initiativen sollen, wie das bei allen offiziellen EU-Dokumenten der Fall ist, obligatorisch in die Amtssprachen übersetzt werden.**

**Jenseits der konkreten Ausgestaltung der Europäischen Bürgerinitiative fordert Attac Deutschland von den europäischen Institutionen und den Sie tragenden, nationalen Regierungen auf allen Ebenen einen konsequenten Weg der Bürgerpartizipation und der direkten Demokratie zu verfolgen.**